



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 21, No. 6/2006

**abgeschlossen am
2. Juli 2006**

	<u>Seite</u>
1. Verhandlungen über Reform des Einwanderungsrechts vertagt	1
2. Congress gegen Zeitplan für Truppenabzug aus dem Irak	2
3. Repräsentantenhaus für permanente Senkung der Erbschaftssteuer	4
4. Verfassungsverbot gleichgeschlechtlicher Ehen verfehlt Mehrheit im Senat	5
5. Verfassungsverbot zur Verbrennung der Nationalflagge scheitert knapp im Senat	7
6. Ergänzungshaushalt 2006 für Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan beschlossen	8
7. Repräsentantenhaus verabschiedet Auslandshilfebewilligung 2007	8
8. Repräsentantenhaus vertagt Verlängerung des <i>Voting Rights Act</i>	9
9. Senat bestätigt Ernennung von Henry Paulson als Finanzminister	10
10. Keine Anklage gegen Präsidentenberater Rove in Wilson-Affäre	11

1. Verhandlungen über Reform des Einwanderungsrechts vertagt

Die Führung der Republikanischen Partei im Repräsentantenhaus um Speaker Dennis Hastert (Ill.) hat Mitte Juni 2006 eine neue Runde von Anhörungen zur Reform des Einwanderungsrechts für den kommenden August angekündigt.

Damit sind die anstehenden Verhandlungen um die vom Repräsentantenhaus und Senat verabschiedeten Reformvorlagen zum Einwanderungsrecht bis auf weiteres ausgesetzt (vgl. CR 5/2006, S. 1).

Die Aktion der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus ist ein neuerlicher Tiefschlag für Präsident Bush, der das vom Senat mit überparteilicher Mehrheit verabschiedete Konzept einer umfassenden Neuregelung des Umgangs mit illegaler Arbeitsmigration favorisiert.

Das Senatskonzept

- sieht eine Kombination von verstärkter Grenzsicherung zur Bekämpfung illegaler Arbeitsmigration mit Optionen zur Legalisierung nicht genehmigter Arbeitsverhältnisse und zusätzlichen Programmen für temporäre Arbeitsvisa vor (vgl. CR 4/2006, S. 1).

Für konservative Republikaner, die ausschließlich auf zusätzliche Anstrengungen zur Grenzsicherung setzen, sind jedwede Erleichterungen der Arbeitsmigration derzeit in-diskutabel und werden als „Amnestie“ und „Anreiz zum Gesetzesbruch“ gebrandmarkt.

Hinter dieser harten Verweigerungsstrategie steht wohl die Überlegung, dass konservative Republikaner das Thema der Einwanderung als ein zugkräftiges Wahlkampfthema für die Congress-Wahlen im November sehen, das die Parteibasis motivieren und mobilisieren kann.

Auf das überraschende Manöver der republikanischen Führung im Repräsentantenhaus reagierten nicht nur die oppositionellen Demokraten sichtlich verärgert. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Senats, Arlen Specter (R-Pa.), kündigte seinerseits nach der Ankündigung der Republikaner im Repräsentantenhaus weitere öffentliche Anhörungen an.

Forderungen nach einer baldigen und sachlichen Debatte über einen Kompromiss zur Reform des Einwanderungsrechts ließen Hastert und seine Kollegen in der republikanischen Fraktionsführung allerdings sichtlich ungerührt. Vielmehr beteuerten sie, dass sie weiterhin an der Verabschiedung eines Gesetzes noch in der laufenden Legislaturperiode festhalten wollten.

Angesichts der näher rückenden Wahlen lässt das Verschleppungsmanöver der Republikaner ungeachtet des Drängens der Administration die Aushandlung einer mehrheitsfähigen Gesetzesvorlage allerdings zunehmend aussichtslos erscheinen.

2. Congress gegen Zeitplan für Truppenabzug aus dem Irak

Repräsentantenhaus und Senat haben sich nach zum Teil erbitterten Debatten zwischen den Parteien - und über die Parteigrenzen hinweg - im Juni 2006 gegen einen Zeitplan für den Abzug der US-amerikanischen Truppen aus dem Irak ausgesprochen, die dort mittlerweile im vierten Jahr versuchen, das Land nach dem gewaltsamen Sturz Saddam Husseins zu stabilisieren.

Den Anfang machte das Repräsentantenhaus, das Mitte Juni 2006 mehr als zwölf Stunden über die Irakpolitik der Bush-Administration debattierte, bevor es sich am 16. Juni 2006 mit 256:153 Stimmen im Rahmen der Verabschiedung der *Defense Authorization Bill 2007* (vgl. auch Punkt 6) hinter die Politik Präsident Bushs stellte und jedem Zeitplan für den Abzug der US-Truppen eine Absage erteilte.

Für *House Resolution 861*, in der das Repräsentantenhaus zum Ausdruck bringt, dass die USA „im globalen Krieg gegen den Terror siegen werden“, stimmten 214 Republikaner und 42 Demokraten. 150 Demokraten und drei Republikaner sprachen sich gegen die Resolution und jedes „künstliche Datum“ für einen Truppenabzug aus. 19 Mitglieder des Repräsentantenhauses verzichteten auf ein Votum und fünf enthielten sich der Stimme.

Zuvor hatte *Speaker J. Dennis Hastert* (R- Ill.) die Abgeordneten zur „Standhaftigkeit“ aufgerufen, obwohl die Zahl der getöteten US-Soldaten im Juni 2006 auf über 2.500 angestiegen ist. „Die Alternative“, so Hastert, „würde den Terror zurück an die Küsten der USA bringen.“ Dem entgegnete *John P. Murtha* (D-Penn.), einer der schärfsten Kritiker der Irakpolitik Präsident Bushs im Repräsentantenhaus, dass „Rhetorik das Problem nicht löst“. Murtha unterstrich, dass die USA „einen Plan brauchen“ und dass es nicht ausreicht, am eingeschlagenen Kurs festzuhalten.

Die politischen Untertöne mit Blick auf die Zwischenwahlen zum Congress im November 2006, bei denen sich die Demokraten erstmals seit 1994 ernsthafte Chancen ausrechnen, die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückzugewinnen, waren unüberhörbar.

Die republikanische Mehrheitsfraktion unter der Führung von *Majority Leader John A. Boehner* warf den Demokraten vor, in der nationalen Sicherheitspolitik unzuverlässig zu sein. Umgekehrt vertrat *Minority Leader Nancy Pelosi* (D-Cal.) die Auffassung, dass der Irakkrieg „unser Land nicht sicherer und unser Militär nicht stärker gemacht hat.“ Vielmehr sei die Reputation der USA in der Welt massiv beschädigt worden.

Präsident Bush forderte Pelosi auf, von altbekannten Slogans abzurücken und eine glaubwürdige Strategie zu entwickeln.

Das hielt 42 Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion freilich nicht davon ab, mit den Republikanern gegen einen Zeitplan für den Truppenabzug aus dem Irak zu stimmen. Pelosi suchte die offensichtliche Uneinigkeit der Fraktion in der Irakpolitik herunterzuspielen. Eine gemeinsame Position der Demokraten im Repräsentantenhaus zum Irakkrieg sei nicht erforderlich und von der Fraktionsführung auch in der Vergangenheit nicht verlangt worden, so Pelosi nach dem Abstimmungsergebnis.

Allerdings zweifelten auch einzelne Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion den Sinn der Debatte im Repräsentantenhaus zur Irakpolitik an. So unterstrich Walter B. Jones (R-N.C.), der sich in der Entscheidung über *House Resolution* 861 der Stimme enthielt, dass das eigentliche Thema, nämlich eine Diskussion über *unterschiedliche* Vorschläge zum weiteren Vorgehen in der Irakpolitik, vermieden wurde. Stattdessen sei symbolische Politik betrieben worden, ohne eine wirkliche Debatte über Alternativen in der Irakpolitik der USA zu führen.

Ähnlich hitzig wie im Repräsentantenhaus wurde auch im Senat die Debatte über die Irakpolitik geführt. Hier kam es am 22. Juni 2006 zur Abstimmung über zwei Resolutionen.

Die eine wurde von den Demokraten John Kerry (Mass.) und Russ Feingold (Wis.) eingebracht und zielte auf einen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak bis zum 1. Juli 2007 ab. Ausgenommen bleiben sollten nur jene US-Streitkräfte, die für das weitere Training irakischer Truppen bzw. die Bekämpfung von Terroristen erforderlich sind.

Die Resolution (S 2766, *Fiscal Year 2007 Defense Authorization*) wurde von der Kammer mit 86:13 Stimmen abgelehnt. Gegen den Truppenabzug sprachen sich neben allen 55 Mitgliedern der republikanischen Mehrheitsfraktion auch 31 Demokraten aus. Für den Vorschlag von Kerry und Feingold stimmten lediglich 12 Demokraten und ein unabhängiger Senator.

Zuvor hatten einige Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion Kerry noch einen festen Zeitplan für den geplanten Truppenrückzug aus dem Irak auszureden versucht. Kerry hatte daraufhin in seiner Vorlage den ursprünglich für den 31.12.2006 vorgesehenen Truppenabzug um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 2007 verschoben, ohne dadurch allerdings mehr Unterstützung für seine Initiative innerhalb seiner Fraktion zu erhalten.

Die andere Resolution zum Truppenabzug aus dem Irak wurde von den Demokraten Carl Levin (Mich.) und Jack Reed (R.I.) eingebracht und war in ihrer Stoßrichtung wesentlich gemäßiger als die Vorlage Kerrys und Feingolds. Sie zielte mit einer nicht bindenden Formulierung auf eine „Phasen orientierte Rückstationierung“ der US-Streitkräfte ab und forderte den Präsidenten dazu auf, dem Congress bis Ende 2006 einen entsprechenden Plan vorzulegen.

Allerdings fand auch dieser Vorschlag keine Mehrheit im Senat und wurde mit 60:39 Stimmen abgelehnt. Gegen den Resolutionsentwurf von Levin und Reed sprachen sich 54 Republikaner und 6 Demokraten aus. Für die Vorlage stimmten 37 Demokraten, ein Republikaner und ein Unabhängiger. Während die republikanische Fraktionsführung den Demokraten vorwarf, die falsche Botschaft an die Feinde der USA zu senden, begründete die demokratische Fraktionsführung ihren Vorstoß damit, dass man den „Irakern ein klares Signal senden müsse“.

Die Einstellungsmuster der breiten Öffentlichkeit in den USA scheinen sich in der Frage eines Rückzugs aus dem Irak mittlerweile zu verschieben. Einer Umfrage von NBC und Wall Street Journal von Mitte Juni 2006 zufolge, befürworteten 57 Prozent der Befragten eine Verringerung der US-Truppenkontingente im Irak, während sich 38 Prozent für die Beibehaltung der gegenwärtigen Truppenstärke dort aussprechen. Gleichzeitig gaben 54 Prozent der Befragten an, dass sie wahrscheinlich eher für einen Kandidaten stimmen würden, der sich für einen Rückzug US-amerikanischer Truppen aus dem Irak im Lauf des nächsten Jahres ausspricht. Ob das Thema Irakpolitik freilich eine Bedeutung für den Ausgang der Zwischenwahlen zum Congress haben wird, bleibt abzuwarten. Vor allem die Demokraten scheuen eine offene Auseinandersetzung um das Thema derzeit noch bzw. sind in ihrer Einschätzung der Thematik nach wie vor politisch gespalten.

3. Repräsentantenhaus für permanente Senkung der Erbschaftssteuer

Das Repräsentantenhaus hat am 22. Juni 2006 ein kurzfristig zusammengeschnürtes Kompromisspaket zur Absenkung der Erbschaftssteuer ab 2011 verabschiedet.

Ungeachtet der grundsätzlichen Bedenken konservativer Republikaner, die eine gänzliche Abschaffung der Erbschaftssteuer verlangen, stimmten 269 Abgeordnete für die Vorlage (und 156 dagegen).

43 Demokraten befürworteten zusammen mit der republikanischen Mehrheit die Annahme des Kompromisses. Nur zwei Republikaner, die an einer vollständigen Aussetzung der Steuer festhalten, stimmten mit der Mehrheit der Demokraten gegen die Vorlage.

Die von der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses unter Umgehung des *House Ways and Means Committee* ausgearbeitete Gesetzesvorlage kommt dem Senat in zentralen Punkten entgegen, nachdem weitergehende Vorstöße gegenwärtig chancenlos erscheinen.

Der Versuch, eine permanente Abschaffung durchzusetzen, wie sie vom Repräsentantenhaus im März 2005 beschlossen worden war, verfehlte im Senat die für die Beendi-

gung eines *Filibuster*, der Verhinderung einer Abstimmung durch Fortsetzung der Debatte, notwendige 60-Stimmen-Mehrheit.

Im Einzelnen sieht die nun angenommene Gesetzesvorlage vor, dass Erbschaften

- bis zu 5 Mio. USD (für Ehepaare 10 Mio. USD) gänzlich von der Besteuerung befreit werden,
- bis zu einer Höhe von 25 Mio. USD wie Kapitalerträge behandelt werden (gegenwärtig 15 Prozent Besteuerung).

Allerdings läuft die Absenkung der Kapitalertragssteuer von 20 auf 15 Prozent 2011 aus, wenn der Congress keine erneute Verlängerung beschließt.

Ungeachtet der substanziellen Zugeständnisse der republikanischen Führung im Repräsentantenhaus sehen die oppositionellen Demokraten in der Absenkung der Erbschaftssteuer ein gigantisches Geschenk an die Superreichen, welches den Fiskus während der nächsten 10 Jahre über 800 Mrd. USD an Steuerausfällen kosten könnte.

Für konservative Republikaner, die von Klein- wie Großunternehmensverbänden unterstützt werden, ist dagegen die Erbschaftssteuer ein gravierender Negativanreiz für die Wirtschaftstätigkeit und damit die Wachstumschancen der Wirtschaft.

Präsident Bush, der die erste, zeitlich befristete Runde der Erbschaftssteuersenkungen mit angestoßen hatte (vgl. CR 6-7/2001, S. 1) und der eine permanente Abschaffung favorisiert, begrüßte den Kompromiss nachdrücklich.

Allerdings müsste der Senat dem Kompromisspaket ohne Änderungen zustimmen, um eine Revolte konservativer Republikaner im Repräsentantenhaus zu verhindern, die den Steuerkompromiss schon jetzt äußerst skeptisch betrachten.

4. Verfassungsverbot gleichgeschlechtlicher Ehen verfehlt Mehrheit im Senat

Ein Verfassungszusatz, der gleichgeschlechtliche Eheschließungen verbietet, hat Anfang Juni 2006 deutlich die 2/3-Mehrheit für eine Verfassungsänderung verfehlt und zur Überraschung der Befürworter auch nicht die 50-Stimmen-Marke (absolute Mehrheit) überschritten.

Für den Verfassungszusatz stimmten 49 Senatoren, dagegen 48. Bereits 2004 war eine entsprechende Vorlage vom Senat mit 48 gegen 50 Stimmen abgelehnt worden.

Angesichts der 2004 gestärkten republikanischen Mehrheit hatten sich die Befürworter aktuell Hoffnungen auf eine nachhaltig wachsende Unterstützung gemacht. Doch Arlen Specter (R-Pa.) und Judd Gregg (H.H.), die 2004 noch für einen Zusatz votiert hat-

ten, verweigerten nun ihre Zustimmung.

Fünf weitere Republikaner, Lincoln D. Chafee (R.I.), Susan Collins (Maine), Olympia J. Snowe (Maine), John McCain (Ariz.) und John H. Sununu (N.H.) schlossen sich der demokratischen Opposition an, zwei Demokraten, Robert C. Byrd und Ben Nelson (Neb.), stimmten mit den konservativen Republikanern.

Die Befürworter drängen angesichts einer kürzlichen Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Massachusetts, der 2003 eine Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen in dem Bundesstaat angeordnet hatte, auf einen Verfassungsschutz der traditionellen ehelichen Verbindung.

Kritiker des Verfassungszusatzes betonen dagegen, dass es fragwürdig ist, eine explizite Diskriminierung in der Verfassung festzuschreiben. Sie verweisen auf die Gesetzgebung der Einzelstaaten sowie den *Defense of Marriage Act* von 1996, der mit der Unterstützung von Präsident Bill Clinton verabschiedet worden war.

Für konservative Republikaner ist das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen allerdings ein integraler Bestandteil ihrer „*American Values Agenda*“, mit deren Hilfe sie in den anstehenden Wahlen im Congress ihre Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat verteidigen wollen.

Wenngleich eine Mehrheit der US-Bevölkerung ein Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen ausdrücklich unterstützt, ist sie dennoch erkennbar skeptisch gegenüber einer Verfassungsänderung.

Entscheidend für konservative Republikaner ist jedoch, dass das Thema für die eigene Parteibasis und insbesondere Anhänger der „religiösen Rechten“ höchste symbolische Bedeutung hat und damit, so zumindest das Kalkül, als Instrument der Wählermobilisierung äußerst geeignet ist.

Kritiker wie der Fraktionsgeschäftsführer der Demokraten, Richard J. Durbin (Ill.), warfen den Republikanern vor, das Thema aus durchsichtigen parteipolitischen Motiven zu benutzen, um sozial-konservative Wähler mit Blick auf die Zwischenwahlen zum Congress im November 2006 zu mobilisieren. „Hier geht es nicht um die Bewahrung der Ehe,“ so Durbin, „sondern um die Bewahrung der Mehrheit.“

Gleichwohl haben die Republikaner im Repräsentantenhaus unter Führung von *Majority Leader* John A. Boehner (R-Ohio) angekündigt, dass sie noch im Juli ihre eigene Vorlage für einen Verfassungszusatz gegen gleichgeschlechtliche Ehen zur Abstimmung bringen wollen.

5. Verfassungsverbot zur Verbrennung der Nationalflagge scheitert knapp im Senat

Ein Verfassungszusatz, der die Verbrennung der US Nationalflagge verbietet, ist Ende Juni 2006 in einer Abstimmung im Senat knapp gescheitert.

Für den Verfassungszusatz stimmten 66 Senatoren, dagegen 34. Für die Annahme einer Vorlage zur Verfassungsänderung sind im Senat 67 Stimmen (Zweidrittel-Mehrheit) notwendig.

Drei republikanische Senatoren, Robert F. Bennett (Utah), Lincoln D. Chafee (R.I.) und Mitch McConnell (Ky.) schlossen sich der Mehrheit der demokratischen Fraktion an und votierten gegen die vorgeschlagene Verfassungsänderung. 14 demokratische Senatoren stimmten dagegen mit der republikanischen Mehrheit für eine Annahme.

Die Abstimmung über das so genannte *Flag Amendment* kurz vor dem *Fourth of July*, dem US-amerikanischen Nationalfeiertag, ist ein seit Ende der 1980er Jahre wohl eingeübtes Ritual.

Eine Entscheidung des *Supreme Court* von 1989 hatte unter Berufung auf die Freiheit der Meinungsäußerung Flaggenverbrennungsverbote der Einzelstaaten für verfassungswidrig erklärt. Ein kurz darauf verabschiedetes Bundesgesetz wurde aus gleichem Grund vom Obersten Gerichtshof für nichtig erklärt.

Für die Republikaner bietet seither die periodisch wieder aufgelegte Debatte um den Schutz der Nationalflagge, der von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird, eine willkommene Gelegenheit, ihre *American Values Agenda* zu propagieren (siehe Punkt 4) und insbesondere liberale Demokraten, welche die Freiheit der Meinungsäußerung als höheres Gut einschätzen, politisch unter Druck zu setzen.

In diesem Jahr hatten sich die Befürworter des Verfassungszusatzes allerdings erstmals ernsthafte Hoffnungen auf eine Annahme des *Amendments* gemacht, da sich einige Gegner bis zuletzt bedeckt gehalten hatten. Das Repräsentantenhaus hatte eine gleich lautende Vorlage 2005 mit 286 gegen 130 Stimmen angenommen.

Fraglich bleibt aber, ob sich die Wähler im Vorlauf zu den anstehenden Congress-Wahlkämpfen von den demonstrativen Übungen der Republikaner zum Schutz traditioneller Werte beeindrucken lassen oder ob andere Fragen wie die Irakbesetzung, steigende Energiekosten und soziale Probleme höherer Stellenwert eingeräumt wird.

6. Ergänzungshaushalt 2006 für Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan beschlossen

Repräsentantenhaus und Senat haben sich Anfang Juni 2006 im Vermittlungsausschuss auf einen Ergänzungshaushalt für die Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak (*House Resolution 4939; House Report 109-494*) geeinigt (vgl. CR 3/2006, S. 6). Danach sollen im Rahmen der *Fiscal Year Supplemental Appropriations for the Wars in Iraq and Afghanistan and Hurricane Relief*

- zusätzlich 65,8 Mrd. USD für die Militäroperationen im Irak und in Afghanistan zur Verfügung gestellt werden. Der größte Teil der Mittel (37,9 Mrd. USD) soll für Operationen und Unterhaltung der Streitkräfte vor Ort eingesetzt werden. Weitere 15 Mrd. sollen für die Waffenbeschaffung und 10 Mrd. für den Sold der eingesetzten Soldaten eingesetzt werden. Die restlichen Mittel entfallen auf medizinische Versorgung und Drogenbekämpfung.
- weitere 19,8 Mrd. USD für die Katastrophenhilfe nach dem Hurrikan Katrina aufgebracht werden. Der Wirbelsturm hatte im August des vergangenen Jahres schwerste Verwüstungen an der US-Küste des Golfs von Mexiko verursacht (vgl. CR 9/2005, S. 1).

Der Congress hatte im Zusammenhang mit der Verteidigungsbewilligung für das Haushaltsjahr 2006 (*Defense Appropriations*) bereits 50 Mrd. USD zur Finanzierung der Militärintervention im Irak und in Afghanistan zur Verfügung gestellt, die sich jedoch als nicht hinreichend erwiesen haben (vgl. auch CR 4/2006, S. 4).

Insgesamt belaufen sich die Kosten für die militärische Besatzung des Irak im Jahr 2006 auf über 100 Mrd. USD. Seit Beginn des Irakkrieges im März 2003 haben die USA über 320 Mrd. USD für den „Regime Change“ aufgewendet, ohne dass eine Stabilisierung des Landes erreicht werden konnte. Zwischenzeitlich sind mehr als 2.500 US-amerikanische Soldaten im Irak getötet worden.

7. Repräsentantenhaus verabschiedet Auslandshilfebewilligung 2007

Das Repräsentantenhaus hat am 9. Juni 2006 mit der großen Mehrheit von 373:34 Stimmen seinen Bewilligungshaushalt für die Auslandshilfe (*Fiscal Year 2007 Foreign Operations Appropriations*) beschlossen.

Er

- hat einen Gesamtumfang von 21,3 Mrd. USD, zehn Prozent weniger als von Präsident Bush ursprünglich vom Congress angefordert.

Das Repräsentantenhaus begründete seine Kürzungsentscheidung (House Resolution 5522, House Report 109-486) vor allem mit den außergewöhnlichen Haushaltsbelastungen durch den Krieg im Irak und in Afghanistan (vgl. Punkt 7), für den allein im laufenden Haushaltsjahr 2006 (das rechnungstechnisch am 30. September 2006 endet) zusätzliche Mittelbewilligungen in Höhe von über 65 Mrd. USD vorgenommen werden mussten.

Die Bush-Administration hat die Entscheidung scharf kritisierte und ernsthafte Bedenken angemeldet. „Eine Kürzung dieser Größenordnung“, heißt es aus dem Weißen Haus, „beschneidet die Nationale Sicherheitsstrategie“ mit ihrer Betonung „globaler Sicherheit“ und ihrem Bemühen um die „Ausweitung der globalen Freiheit und des globalen Wohlstands.“

Das Repräsentantenhaus folgte Präsident Bush in seinen Budgetanforderungen in den Bereichen Auslandshilfe für Israel (2,5 Mrd. USD) und Ägypten (1,8 Mrd. USD) sowie internationale AIDS-Hilfe (3,4 Mrd. USD).

Ein Vorstoß des Demokraten David R. Obey (Wis.) sowie des Republikaners Henry J. Hyde (Ill.), der darauf abzielte, 100 Mio. USD der Wirtschaftshilfe an Ägypten für die internationale AIDS-Hilfe einzusetzen, scheiterte nur relativ knapp mit 198:225 Stimmen. Obey und Hyde wollten dem ägyptischen Präsidenten Mubarak signalisieren, dass die Unterdrückung von regierungskritischen Gruppierungen vom Repräsentantenhaus mit wachsender Irritation gesehen wird.

Dagegen sprach sich die Kammer mit 312:97 Stimmen dafür aus, Mittel für Saudi-Arabien im Rahmen der militärischen Ausbildung und Erziehung solange zu sperren, bis das Empfängerland seine anti-amerikanischen und anti-semitischen Einstellungen, wie sie in Schulbüchern zum Ausdruck kommen, korrigiert hat.

Nun muss noch der Senat über die Auslandshilfebewilligung entscheiden, bevor beide Kammern ihre Vorlagen im Vermittlungsausschuss aufeinander abstimmen.

8. Repräsentantenhaus vertagt Verlängerung des *Voting Rights Act*

Die anstehende Verlängerung auslaufender Bestimmungen des *Voting Rights Act* von 1965 ist im Juni 2006 überraschend an einer Revolte konservativer Südstaaten-Republikaner im Repräsentantenhaus gescheitert (vgl. CR 5/2006, S. 9).

Die zwischen republikanischer Mehrheit und demokratischer Opposition unter Beteiligung von Bürgerrechtsorganisationen einvernehmlich ausgehandelte Fortschreibung des *Voting Rights Act* schien bis kurz vor der Aussetzung der Abstimmung durch *Speaker* Dennis Hastert (R-Ill.) eine ebenso unkontroverse wie sichere Angelegenheit.

Doch der Protest aus den Reihen der republikanischen Fraktion zwang die Führung des

Repräsentantenhauses in letzter Minute zu dem meistens mit fassungslosem Stauen aufgenommenen Manöver.

Konservative Südstaatler wandten ein, dass sich seit den 1960er Jahren zu viel geändert hätte, um noch immer eine Aufsicht des Bundes über die Wahlrechtspraktiken und Wahlgesetzgebung der Einzelstaaten zu rechtfertigen.

Verfechter der Bürgerrechte von Minderheiten wie der Abgeordnete John Lewis (D-Ga.), einer der Mitautoren des Gesetzes, verwiesen dagegen darauf, dass mehrere Hundert Interventionen des Justizministeriums in den zurückliegenden zehn Jahren die Notwendigkeit der Bundesaufsicht ungeachtet aller Fortschritte deutlich machten.

Die weitere Vorgehensweise in der auch von Präsident Bush befürworteten Verlängerung des viel gerühmten Bürgerrechtsgesetzes ist unklar. Während die republikanische Führung einen offenen Bruch innerhalb der Fraktion vermeiden will, sind tief greifende Änderungen an den Gesetzesbestimmungen kaum mehrheitsfähig.

9. Senat bestätigt Ernennung von Henry Paulson als Finanzminister

Der Senat hat Ende Juni 2006 die Nominierung von Henry M. Paulson, Jr., als Nachfolger des ausscheidenden *Secretary of the Treasury* John Snow einstimmig bestätigt.

Paulson, bisher CEO (*Chief Executive Officer*) der renommierten Wall Street-Firma *Goldman Sachs* und früherer Mitarbeiter des Politikplanungsstabes der Nixon-Administration, genießt über die Parteigrenzen hinweg ein hohes Ansehen als ebenso erfahrener wie unabhängiger Finanzexperte.

Die Auswechslung von John Snow ist zentraler Bestandteil der Umstrukturierung des Kabinetts und des Mitarbeiterstabs von Präsident Bush unter Federführung des neuen *Chief of Staff* Joshua B. Bolten (vgl. CR 4/2006, S. 9) und zielt insbesondere darauf, die Anerkennung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Administration zu stärken.

Ungeachtet des allseitigen Lobes für Paulson bemängelte die demokratische Opposition nach den Anhörungen vor dem Finanzausschuss des Senats jedoch, dass Paulson kaum Details zu seinen politischen Plänen geboten habe. Insbesondere die Frage, wie eine nahtlose Fortschreibung der Steuerpolitik der Bush-Administration mit einer Konsolidierung der Staatsfinanzen zu verbinden sei, wäre unbeantwortet geblieben.

Hinter vorgehaltener Hand bezweifelten konservative Politiker und Organisationen Paulsons Eignung für die Position, da sein offenes Eintreten für eine Kursänderung in der Klimapolitik ihn in direkten Gegensatz zu Präsident Bush und den anderen führenden Kabinettsmitgliedern bringt.

Paulson wiederum, der seine Schwerpunkte in der Finanzpolitik und der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft setzt, zeigte sich unbeeindruckt und beteuerte, er wolle seine Aufgaben als Teil des Bush-Teams mit vollem Einsatz übernehmen.

Angesichts der weithin positiven Reaktionen auf den Ernennungsvorschlag des Präsidenten kann die Umbesetzung an der Spitze des Finanzministeriums als ebenso geschickter wie glücklicher Schachzug der Administration in dem Bemühen um eine Rehabilitation ihres beschädigten Ansehens in der Öffentlichkeit gelten.

10. Keine Anklage gegen Präsidentenberater Karl Rove in Wilson-Affäre

Sonderstaatsanwalt Patrick J. Fitzgerald hat Mitte 2006 dem politischen Chef-Strategen von Präsident Bush, *White House Deputy Chief of Staff* Karl Rove, mitgeteilt, dass gegen ihn im Zusammenhang mit der Enttarnung der CIA-Agentin Valerie Plame-Wilson (vgl. CR 10/2005, S. 11) keine Anklage erhoben wird.

Fitzgerald hatte Ende 2005 zunächst Anklage gegen den Stabschef von Vizepräsident Dick Cheney, I. Lewis „Scooter“ Libby, erhoben (wesentlich wegen Falschaussagen im Zuge der Ermittlungen) und bekannt gegeben, dass gegen Rove weiter ermittelt werde (vgl. CR 10-11/2005, S 10).

Die Enttarnung der Identität von Plame durch Mitarbeiter der Administration in der Debatte um die Begründung des Irakkrieges diente der Diskreditierung ihres Ehemannes, des Diplomaten a.D. Joseph Wilson, der in einer Untersuchung im Auftrag des CIA 2002 Informationen zusammengetragen hatte, welche die Behauptungen, der Irak habe versucht in Niger waffenfähiges Kernmaterial zu kaufen, in Zweifel zogen.

Rove hatte in seinen mehrfachen Vernehmungen vor einer *Grand Jury* seine Aussage, die Person von Valerie Plame-Wilson und ihre geheime Identität als CIA-Agentin nicht mit Journalisten diskutiert zu haben, auf Anraten seines Anwalts, der gegenteilige Informationen von einer Reporterin von *Time Magazine* erhalten hatte, selbst korrigiert.

Da der Abschlussbericht von *Special Counsel* Fitzgerald aufgrund der Nichterhebung einer Anklage unter Verschluss gehalten wird, kann nur vermutet werden, dass Fitzgerald keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine bewusste Falschaussage Roves hatte.

Die Nachricht wurde vom Mitarbeiterstab des Weißen Hauses mit sichtlicher Genugtuung und Erleichterung aufgenommen. Zumindest mit Blick auf das direkte Umfeld von Präsident George W. Bush ist nun eine Anklageerhebung in der Wilson-Affäre zusehends unwahrscheinlich und der umstrittene Polit-Strategie Rove kann sich wieder voll auf seine Aufgabe konzentrieren, die Wahlkampfaktivitäten der Administration mit der Partei und den Fraktionen im Congress abzustimmen.

Die demokratische Opposition akzeptierte zwar die Entscheidung Fitzgeralds, drängt nun jedoch auf eine Veröffentlichung des Abschlussberichts und eine Offenlegung aller bisher verfügbaren Informationen zur Enttarnung der CIA-Agentin.

Von der ungeklärten Frage abgesehen, wer wenn nicht Rove oder Libby die Identität von Plame den Medien zugespielt hat, konzentriert sich nun die Aufmerksamkeit auf den Prozess gegen Scooter Libby, dessen Verteidigung darauf zu setzen scheint, dass sein Verhalten von Präsident Bush und Vizepräsident Cheney gedeckt worden sei.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report